



CSU
IM BUNDESTAG

***#CSU*liefert**

**Bericht der
CSU im Bundestag
2019**

**Bericht der
CSU im Bundestag
an den CSU-Parteitag,
18./19. Oktober 2019,
in München**



#CSU liefert

Wir feiern als CSU im Bundestag dieses Jahr unser 70-jähriges Bestehen. Der Blick zurück zeigt:

Wir haben alle wichtigen Weichenstellungen unseres Landes maßgeblich geprägt – Wirtschaftswunder und soziale Marktwirtschaft, Nato-Beitritt und Westbindung, Deutsche Einheit und Europäische Einigung.

Mit diesem Selbstbewusstsein gestalten wir Politik und sind auch in dieser Wahlperiode der klare Stabilitätsanker dieser Koalition.

Wir handeln. Wir haben als CSU im Bundestag gemeinsam mit unserer Landesleitung als Erste ein umfassendes Klima- und Umweltkonzept vorgelegt – und haben dafür gesorgt,

dass die Beschlüsse des Klimakabinetts unsere Handschrift tragen. Das Ergebnis ist ein Klimapaket, das den CO₂-Ausstoß deutlich reduziert und gleichzeitig unsere Bürger mitnimmt, das auf Anreize und Innovationen setzt anstatt auf Verbote und Preissteigerungen an der Zapfsäule. Wir haben damit erreicht, dass die globale Erwärmung nicht mit sozialer Kälte beantwortet wird, sondern mit Investitionen in den Klimaschutz und wirtschaftlicher Innovation.

Wir halten Wort. Im Vorgriff auf die im Herbst anstehende Halbzeitbilanz hat uns die Bertelsmann-Stiftung bestätigt: 61 Prozent unserer Versprechen haben wir bereits umgesetzt oder angestoßen. Dazu gehören ein Haushalt ohne Neuverschuldung, ein Entlastungspaket im Volumen von insgesamt 54 Milliarden Euro, das Baukindergeld, die Mütterrente II, die klare Ordnung und Steuerung der Zuwanderung und 15.000 neue Polizeistellen.

Wir haben damit die Menschen entlastet, Rekordinvestitionen ermöglicht und die Sicherheit unseres Landes weiter gestärkt. Klar ist aber auch: Wir sind nicht dafür gewählt, zwei Drittel umzusetzen. Wir sind gewählt, um alles umzusetzen,

was wir vereinbart haben. Deshalb wollen wir diese Große Koalition fortsetzen. Die CSU flüchtet nicht vor Verantwortung – sie sucht die Verantwortung und liefert.

Wir gestalten Europa. Als CSU im Bundestag pflegen wir einen intensiven Kontakt zu unseren europäischen Partnern und Freunden. Bei unserer Klausurtagung im Januar in Kloster Seeon war Kyriakos Mitsotakis unser Gast, der mittlerweile griechischer Ministerpräsident geworden ist und entschieden gegen Schlepper und illegale Migration vorgeht. Außerdem haben wir in Seeon mit dem irischen Regierungschef Leo Varadkar diskutiert und sind im Sommer mit der gesamten Landesgruppe nach Dublin gereist.

Damit haben wir ein klares Zeichen gesetzt: Auch wenn Irland geographisch am Rande Europas liegt, politisch steht es im Mittelpunkt des europäischen Interesses – gerade in Zeiten des Brexits. Bei unserer Sommer-Klausur in Berlin haben wir uns mit dem bulgarischen Ministerpräsidenten Boyko Borissov ausgetauscht und auch hier ein wichtiges Signal ausgesendet: Die Staaten Mittel- und Osteuropas sind für uns integraler Bestandteil des Friedens-,

Freiheits- und Wohlstandsprojektes Europa. Jetzt geht es darum, die Arbeit der neuen EU-Kommission konstruktiv zu begleiten. Ursula von der Leyen hat bereits viele richtige Akzente gesetzt. Dazu gehören ein respektvoller Ton gegenüber den Mitgliedsstaaten in Osteuropa, ein klarer Kurs in der Migrationspolitik und der Grenzsicherung sowie ambitionierte Lösungen beim Klimaschutz. Diesen Weg unterstützen wir – für ein Europa der Einheit in Vielfalt.

Bayern, Deutschland und Europa stehen vor großen Herausforderungen – und unser Land braucht eine politische Kraft, die sich diesen Herausforderungen stellt, die Wohlstand verteidigt und Sicherheit schafft, die zusammenhält und nicht spaltet.

Diese Kraft sind wir. Dafür stehen Ihre 46 Abgeordneten der CSU in Berlin. Dafür steht die CSU im Bundestag.

Ihr

Alexander Dobrindt MdB
Vorsitzender
der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag



KickOff in Berlin: Auftakt zur zweiten politischen Jahreshälfte am 3. September 2019



#Seeon19: Klausur mit zahlreichen internationalen Gästen



Ein Kunstwerk zum 70sten: Jens Lorenzen präsentiert Alexander Dobrindt sein Werk

*Unsere Maßnahmen für einen
neuen gesellschaftlichen Klimapakt*

**DAS KLIMAPAKET
DER GROSSEN KOALITION**

DAS KLIMAPAKET DER GROSSEN KOALITION

Wir haben ein wirksames, intelligentes und sozial ausgewogenes Klimapakete aus Klimaschutzgesetz und Klimaschutzprogramm geschnürt. Mit einem Maßnahmenvolumen von insgesamt mehr als 60 Milliarden Euro für den Klimaschutz setzen wir international Maßstäbe und gehören zu den ersten Ländern der Welt, die ein so umfassendes Klimapakete umsetzen. Das ist angesichts der zentralen Herausforderung der Bekämpfung des Klimawandels ein starkes Signal und der richtige Weg, um Deutschland in eine treibhausgasneutrale Zukunft zu führen.

Wir haben uns als CSU im Bundestag in den Verhandlungen in allen wichtigen Punkten durchgesetzt und dafür gesorgt, dass das Klimapakete die richtige Balance trifft zwischen Ökonomie und Ökologie, zwischen Klimaschutz und sozialem Ausgleich, zwischen Investitionen und Anreizen. Dadurch wird der Klimaschutz nicht zur neuen sozialen Frage, sondern zu einer innovativen Antwort auf die Zukunft.

Dabei folgt das Klimapakete dem Leitgedanken, in einem ersten Schritt Anreize zu setzen, um unmittelbar signifikante CO₂-Reduzierung zu ermöglichen – und in einer zweiten Stufe ab 2021 im Rahmen eines nationalen Emissionshandels mit der CO₂-Bepreisung zu starten. Das markiert eine neue Epoche der CO₂-Reduzierung und gibt einen klaren Pfad vor zur Erreichung unserer Klimaschutzziele.

Wirksame Lenkung durch einen nationalen Emissionshandel

Wir haben einen nationalen Emissionshandel durchgesetzt und eine CO₂-Steuer verhindert. Damit ist klar: Wir steuern grundlegend um statt einseitig zu belasten. Wir fördern Innovationen statt Pender zu bestrafen – und erreichen dadurch eine stetige und zielgerichtete CO₂-Reduzierung statt steigender Benzinpreise ohne Lenkungswirkung durch eine CO₂-Steuer. Wir führen den nationalen Emissionshandel für die Bereiche Gebäude und

Verkehr ein. Hierbei müssen betroffene Unternehmen – nicht der einzelne Bürger – ihre CO₂-Emissionen durch Zertifikate abdecken. Im Energie- und Industriebereich auf europäischer Ebene hat sich der Handel mit Emissionszertifikaten bereits bewährt.

Wir handeln unmittelbar und starten zunächst mit einem Festpreissystem. Im Jahr 2021 werden Zertifikate zu einem Festpreis von zehn Euro pro Tonne CO₂ ausgegeben und jährlich gesteigert. Mit diesem moderaten Einstieg ermöglichen wir den schnellen Einstieg in das CO₂-Bepreisungssystem bereits 2021. Es entsteht ein verlässlicher Preispfad, der es Bürgern und Wirtschaft ermöglicht, sich auf die Entwicklung einzustellen.

Wir setzen auf Innovationen zur CO₂-Reduzierung. Daher erfolgt ab dem Jahr 2026 (mit einem Höchstpreis von 60 Euro pro Tonne CO₂) die Auktionierung der Zertifikate. Wenn der Markt den Preis bestimmt, werden die notwendigen Innovationen verstärkt entstehen.

Wir schreiben unsere Klimaziele gesetzlich fest, damit transparent und verlässlich für alle klar ist, wie

viel CO₂-Einsparungen notwendig sind. Über die Fortschritte wird der Deutsche Bundestag jährlich informiert und damit die Debatten in der breiten Öffentlichkeit führen.

Starkes Signal für eine attraktive Bahn

Wir stärken die Bahn und senken die Mehrwertsteuer auf Bahntickets von 19 auf sieben Prozent. Im Gegenzug werden wir die Luftverkehrsabgabe erhöhen und Dumping-Preise verhindern, indem diese nicht mehr zu einem Preis unterhalb der anwendbaren Steuern, Zuschläge, Entgelte und Gebühren verkauft werden dürfen. Damit setzen wir das Signal, das eine klimaschonende Reise innerhalb Deutschlands mit der Bahn im Regelfall günstiger möglich sein muss als mit dem Flugzeug.

Wir wollen die Bahn zukunftsfähig machen und starten ein Elf-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm für die nächsten Jahre mit dem Ziel, noch mehr Bürgerinnen und Bürger für den Umstieg auf die Schiene zu gewinnen. Dafür wollen wir das Schienennetz massiv ausbauen, Planungsbeschleunigungen umsetzen und Elektrifizierung und neue

Strecken schneller vorantreiben als bisher.

Wir fördern und erhöhen die Zuschüsse für den ÖPNV erheblich auf eine Milliarde Euro jährlich ab 2021 und ab 2025 sogar auf zwei Milliarden Euro jährlich. Die Klimafreundlichkeit des ÖPNV wird damit nochmals gesteigert.

Nachhaltige Mobilität für eine sinnvolle Antriebswende

Wir wollen, dass Deutschland bei Elektromobilität und alternativen Kraftstoffen die Innovationsführerschaft übernimmt. Wir gestatten daher die Antriebswende für unsere Bürgerinnen und Bürger noch attraktiver.

Wir werden die KfZ-Steuer stärker an den CO₂-Emissionen ausrichten. Für Neuzulassungen ab dem 1. Januar 2021 wird die Bemessungsgrundlage der Steuer stärker auf die CO₂ Emissionen pro Kilometer bezogen.

Wir wollen, dass in Deutschland bis 2030 sieben bis zehn Millionen Elektrofahrzeuge zugelassen sind. Damit das gelingt, sollen eine Million Ladepunkte in Deutschland bis 2030

insgesamt zur Verfügung stehen. Wir senken die Dienstwagensteuer für reine Elektrofahrzeuge bis zu einem Preis von 40.000 Euro von 0,5 Prozent auf 0,25 Prozent ab. Zudem verlängern wir die Kaufprämie ab 2021 für Pkw mit Elektro, Hybrid- und Wasserstoff-/Brennstoffzellenantrieb und heben für Autos unter 40.000 Euro die Prämie an.

Wir setzen auf Technologieoffenheit und fördern alternative Kraftstoffe und Antriebe. An der Mobilität der Zukunft wird auch die Brennstoffzelle einen großen Anteil haben. Auch PtX-Kraftstoffe oder die Nutzung von Biokraftstoffen im Kraftstoffmix werden eine zunehmende Rolle spielen. Innovationen in diesen Bereichen sind zur CO₂-Reduzierung unerlässlich.

Energieeffizientes Wohnen für Klimaschutz zu Hause

Wir fördern Klimamaßnahmen am Haus, denn Klimaschutz beginnt in den eigenen vier Wänden. Wir führen eine attraktive, einfache und technologieoffene steuerliche Förderung von energetischen Gebäudesanierungsmaßnahmen ein. Dazu zählen auch Einzelmaßnahmen

wie der Einbau neuer Fenster oder die Dämmung eines Daches.

Wir unterstützen die Menschen beim Austausch von Ölheizungen und schaffen eine „Austauschprämie“ mit einem Förderanteil von 40 Prozent für ein neues, effizienteres Heizsystem. Damit ermöglichen wir klimafreundlichere Wärmeherzeugung für zu Hause.

Sozialer Ausgleich für die Mitnahme der breiten Gesellschaft

Wir setzen auf einen Klima-Kreislauf, denn alle zusätzlichen Einnahmen aus der CO₂-Bepreisung kommen den Klimaschutzmaßnahmen zu Gute oder werden als Entlastung den Bürgern zurückgegeben.

Wir werden die Pendlerpauschale erhöhen, denn Klimaschutz darf nicht zulasten der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, der Familien und der ländlichen Räume gehen. Eine Einschränkung der Mobilität, insbesondere der Berufspendler, wollen wir verhindern. Deshalb wird zu deren Entlastung die Pendlerpauschale ab 2021 ab dem 21sten Kilometer auf 35 Cent angehoben.

Wir senken die Stromkosten, denn wer eine CO₂-Bepreisung einführt, der muss auch die staatlichen Preistreiber beim Strompreis eindämmen. Bezahlbarer Strom ist entscheidend für die soziale Balance und die wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes. Deshalb wird ab 2021 die EEG-Umlage streitweise (zunächst um 0,25 Cent pro kWh) gesenkt. Durch die Senkung der EEG-Umlage werden besonders Familien und kleine mittelständische Unternehmen entlastet.



„Nachdem wir mehr Personal und eine bessere Ausstattung bei Polizei und Justiz geschaffen haben, ermöglichen wir mit der Reform des Strafprozessrechts schnelle und effiziente Strafverfahren. Es muss unser Ziel sein, die Reform des Strafprozessrechts möglichst schnell abzuschließen. Die Praktiker bei den Ermittlungsbehörden und Gerichten, die unsere Rechtsordnung verteidigen, brauchen diese Reform.“

Dr. Volker Ullrich MdB
Vorsitzender AK I

ARBEITSKREIS



**INNEN, RECHT UND
VERBRAUCHERSCHUTZ,
KOMMUNALPOLITIK,
SPORT UND EHRENAMT,
KULTUR UND MEDIEN**

Wir haben ein wirkungsvolles Migrationspaket verabschiedet.

Mit dem Paket trennen wir klar zwischen Erwerbsmigration und Asyl, sorgen für eine qualifizierte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt und nicht in die Sozialsysteme und verbessern die Rahmenbedingungen für Rückführungen.

Wir schärfen mit dem Geordnete-Rückkehr-Gesetz die Instrumente zur Durchsetzung der Ausreisepflicht und senden das Signal, dass sich aussichtslose Asylanträge nicht lohnen. Im Gegenzug bieten wir Asylbewerbern, die bereits in Deutschland sind und sich während der oft sehr langen Asylverfahren besonders gut integriert haben, eine verlässliche Bleibeperspektive.

Aber nur wer erfolgreich eine Ausbildung absolviert oder arbeitet und sich selbst versorgen kann, bekommt die Chance, in ein dauerhaftes Bleiberecht hineinzuwachsen. Wer diese Chance nicht nutzt, muss unser Land wieder verlassen. Gleichzeitig legen wir mit dem Fachkräfteeinwanderungsgesetz solide Grundlagen für qualifizierte Zuwanderung, die unserer Volkswirtschaft nützt, und die nur direkt in freie Arbeitsplätze erfolgen

darf. Zudem haben wir eine Altersgrenze eingeführt, um die Zuwanderung auf Personen zu beschränken, die eine realistische Chance haben, sich eine Altersversorgung über dem Niveau der Grundsicherung zu erarbeiten.

Wir haben die Erlangung der deutschen Staatsbürgerschaft an strengere Voraussetzungen geknüpft.

Wir haben gesetzlich festgeschrieben, dass Personen, die in einer Mehr- oder Vielehe leben oder deren Identität unklar ist, keine deutsche Staatsbürgerschaft erhalten. Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass Personen, die an Kampfhandlungen ausländischer Terrormilizen teilnehmen und noch eine weitere Staatsangehörigkeit besitzen, die deutsche Staatsangehörigkeit verlieren.

Wir haben die Mietpreisbremse verlängert und effektiviert.

Die Mietpreisbremse wird um fünf Jahre bis 2025 verlängert. Mit der Mietpreisbremse darf die Miete nicht mehr als zehn Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Zugleich haben wir mit

dem Mietpreisanpassungsgesetz die Mietpreisbremse wirksamer ausgestaltet, indem im Falle eines Verstoßes gegen die Mietpreisbremse Mieter künftig bis 30 Monate rückwirkend ab Beginn des Mietverhältnisses die zu viel bezahlte Miete zurückfordern können. Nach derzeitiger Rechtslage muss die überhöhte Miete erst von dem Zeitpunkt an erstattet werden, an dem der Mieter den Verstoß gerügt hat.

Wir senken Kaufnebenkosten und ermöglichen so mehr Menschen den Traum von den eigenen vier Wänden.

Um Kosten beim Immobilienkauf für selbstgenutzten Wohnraum zu senken, hat die Bundesregierung ein Gesetz vorgelegt, wonach derjenige, der den Makler nicht beauftragt hat, künftig nur so viel an Maklerkosten trägt wie der Auftraggeber. Damit trägt nicht mehr allein der Käufer die Maklerkosten.

Wir unterstützen die Länder beim sozialen Wohnungsbau.

Durch eine Grundgesetzänderung haben wir es ermöglicht, dass der Bund den Ländern auch künftig Mittel zur Unterstützung des sozialen Wohnungsbaus zur Verfügung stellen kann. So werden die Länder 2020 und 2021 je eine Milliarde Euro Bundesfinanzhilfen bekommen, um mehr bezahlbaren Wohnraum für Bürger mit geringeren finanziellen Möglichkeiten zu schaffen.

Wir setzen uns mit dem Pakt für den Rechtsstaat für Polizei und Justiz ein.

Der Bund hat für die Länder bis Ende 2021 insgesamt 220 Millionen Euro zum Aufbau von 2.000 neuen Stellen für Richter und Staatsanwälte sowie 15.000 neue Stellen für Polizisten bei Bund und Ländern bereitgestellt. Zudem haben wir die Sicherheitsbehörden technisch und finanziell weiter gestärkt. Auch haben wir den strafrechtlichen Schutz von Polizeibeamten und anderen Einsatzkräften verbessert. Gewalttaten gegenüber Polizisten und anderen Einsatzkräften werden nun mit

einem angemessenen Strafraum konsequent geahndet.

Wir bekämpfen die organisierte Kriminalität.

Neben einer eigenen Koordinierungsstelle bei dem Bundeskriminalamt haben wir den Tatbestand der Geldwäsche verschärft. Vermögen, das aus kriminellen Taten stammt, kann zudem leichter durch die Staatsanwaltschaft eingezogen werden. Die Bundespolizei hat zur effektiven Grenzfehndung die Befugnis erhalten, automatische Kennzeichenlesegeräte einzusetzen. Für den Bereich besonders schwerer Straftaten wie Kinderpornografie, Terrorismus und organisierte Kriminalität haben die Ermittler weitergehende Ermittlungsmöglichkeiten erhalten.

Wir haben dem Abmahnmissbrauch mit dem Gesetz zur Stärkung des fairen Wettbewerbs den Boden entzogen.

Mit Blick auf Unsicherheiten der Praxis im Umgang mit den Regelungen der DSGVO war das Ziel der CSU im Bundestag insbesondere

KMU, Selbständige und Vereine vor Abmahnmissbrauch zu schützen.

Daneben werden wir Verbraucher durch die Einschränkung des sogenannten liegenden Gerichtsstands besser schützen.

Wir fördern den Sport.

Wir haben die Mittel für die Sportförderung um rund 71 Millionen Euro auf rund 235 Millionen Euro erhöht. Auch im Jahr 2020 sollen sie noch einmal deutlich anwachsen. Das ist ein wichtiges Signal an unsere Spitzensportler und dient letztlich auch dem Breitensport. Zudem engagieren wir uns intensiv für den Behindertensport und seine bewundernswerten Athletinnen und Athleten. So konnten wir neben den Special Olympics World Games 2023 in Berlin zahlreiche weitere sportliche Großveranstaltungen, wie beispielsweise die Nordische Ski-WM 2021 in Oberstdorf, die Rodel- und Biathlon-WM 2023 in Oberhof und die Fußball-EM 2024 nach Deutschland holen.



„Der Meisterbrief im deutschen Handwerk ist die beste Garantie für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz und Innovationskraft. Meisterbetriebe sichern den hohen Standard der handwerklichen Ausbildung in Deutschland. Das Ziel ist, mehr Qualität für die Kundschaft und mehr Nachwuchs im Handwerk durch eine bessere Ausbildung zu schaffen.“

Karl Holmeier MdB
Vorsitzender AK II

ARBEITSKREIS **II**

**WIRTSCHAFT UND ENERGIE,
VERKEHR UND DIGITALE
INFRASTRUKTUR,
BILDUNG UND FORSCHUNG,
TOURISMUS**

Wir reduzieren Bürokratie und entlasten Bürger und Unternehmen.

Wir haben das Dritte Bürokratieentlastungsgesetz auf den Weg gebracht, mit dem die Wirtschaft und die Bürger um insgesamt ca. 1,2 Milliarden Euro pro Jahr entlastet werden sollen. Wir ermöglichen die Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung, wir erleichtern die Archivierung von elektronisch gespeicherten Steuerunterlagen und schaffen die Option eines digitalen Meldescheins im Beherbergungsgewerbe.

Wir modernisieren unsere Infrastruktur.

Wir ermöglichen Finanzhilfen des Bundes in den Bereichen Digitalisierung der Schulen, sozialer Wohnungsbau und kommunale Verkehrsinfrastruktur, ohne die Zuständigkeit der Länder anzutasten.

Allein für moderne Schulen will der Bund fünf Milliarden Euro bis 2022 investieren. Bis 2023 helfen wir bundesweit den Kommunen mit 240 Millionen Euro auch dabei, mehr in die Sanierung ihrer Sporthallen,

Schwimmbäder und Kultureinrichtungen zu investieren.

Wir haben ein Sondervermögen „Digitale Infrastruktur“ eingerichtet, das zu 70 Prozent in den Gigabit-Netzausbau fließt und zu 30 Prozent als Finanzhilfen an die Länder für Investitionen in die digitale Infrastruktur von Schulen. Der Erlös der 5G-Frequenzauktion in Höhe von rund 6,5 Milliarden Euro wird diesem Sondervermögen zu 100 Prozent zufließen. Gleichzeitig hat die Frequenzauktion mit ihren Versorgungsaufgaben die Grundlage für eine flächendeckende Mobilfunkversorgung geschaffen.

Ergänzend haben wir angestoßen, dass wir auf Bundesebene eine eigene Mobilfunkinfrastrukturgesellschaft gründen, mit der die öffentliche Hand erstmalig durch eigenes Engagement Defizite beim Mobilfunknetzausbau beseitigen und den Bau eigener Mobilfunkmasten beauftragen kann. Unser Anspruch für Deutschland: Mobilfunknetze, in denen unterbrechungsfreies Telefonieren und die klassische Nutzung von mobilem Internet möglich sind. Unser Fokus liegt auf der Versorgung der

ländlichen Regionen und der Verkehrswege.

Bei der Verkehrsinfrastruktur haben wir die Planungsprozesse vereinfacht, um die Rekordmittel in Höhe von rund 29 Milliarden Euro schneller investieren zu können. Alle Planungsunterlagen sind künftig im Internet zu veröffentlichen. Das erleichtert die Bürgerbeteiligung.

Wir bringen die Energiewende weiter voran.

Mit der Novelle des EEG, des KWKG und weiterer energierechtlicher Vorschriften haben wir wichtige energiepolitische Weichen gestellt. Um die Akzeptanz von Windkraftanlagen an Land zu verbessern, haben wir durchgesetzt, dass bereits ab 1. Juli 2020 alle Windenergieanlagen über eine bedarfsgerechte Nachtbeleuchtung verfügen müssen.

Wir haben Sonderausschreibungen für Windenergie an Land und Solarenergie in Höhe von jeweils vier Gigawatt auf den Weg gebracht und damit für die Branchen Planungssicherheit geschaffen. Wir haben uns erfolgreich für die Einführung von Innovationausschreibungen eingesetzt.

Damit sollen in den kommenden Monaten neue Rahmenbedingungen ausprobiert werden, um die Netz- und Systemdienlichkeit der Erneuerbaren Energien zu verbessern, mehr Wettbewerb zu erreichen und dadurch die Kosten der Energiewende zu senken.

Mit der Novellierung des Gesetzes zur Beschleunigung des Energieleitungsausbaus („NABEG 2.0“) haben wir die notwendigen Grundlagen geschaffen, um den Netzausbau, insbesondere für den grenzüberschreitenden Stromhandel, weiter zu beschleunigen und die Stromnetze, insbesondere für die steigenden Mengen an Stromeinspeisung aus Erneuerbaren Energien, zu optimieren.

Wir investieren noch stärker in Bildung und Forschung.

Mit der Anpassung des BAföG sorgen wir dafür, dass kein Studium am Geld scheitern muss. Wir erhöhen den Förderhöchstsatz um mehr als 15 Prozent von derzeit 735 Euro auf rund 850 Euro monatlich. Außerdem haben wir die Einkommensfreibeträge um insgesamt neun Prozent angehoben, damit mehr Familien das BAföG in Anspruch nehmen können.

Wir haben mit der Änderung des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes Verbesserungen eingeleitet, die der Gleichwertigkeit der Bildungswege Ausdruck verleihen. Das wird u. a. mit einem Förderangebot für die im Berufsbildungsgesetz und der Handwerksordnung zu verankernden drei beruflichen Fortbildungsstufen erreicht. Davon sollen vor allem angehende Meister, Techniker und Fachwirte sowie staatlich geprüfte Erzieher profitieren. Zudem haben wir ein Berufsbildungsmodernisierungsgesetz beschlossen, die internationale Anschlussfähigkeit deutscher Berufsabschlüsse und die Wertschätzung und Steigerung der Attraktivität im Vergleich zur akademischen Bildung sicherstellt.

Wir stärken den Meisterberuf und setzen Traditionen fort.

Wir werden für zwölf Gewerke die Meisterpflicht wieder einführen, denn der Meisterbrief im deutschen Handwerk ist der beste Ausweis für Qualitätsarbeit, Verbraucherschutz und Innovationskraft. Meisterbetriebe sichern den hohen Standard der handwerklichen Ausbildung in Deutschland.

Wir steigern die Bedeutung des Tourismus als wichtigem Wirtschaftsfaktor.

Wir haben eine nationale Tourismusstrategie erarbeitet, die dazu beitragen wird, dass die Entwicklungschancen der Branche noch stärker genutzt werden – und zwar durch wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Verträglichkeit und ökologische Verantwortung.

Wir zielen insbesondere darauf ab, die inländische Wertschöpfung zu erhöhen, die Lebensqualität der in Deutschland lebenden Menschen nachhaltig zu heben und zu internationaler Stabilität beizutragen.



„Mit dem Bundeshaushalt verknüpfen wir Entlastung mit Investitionen und Zukunftsorientierung mit Solidität. Die Politik der Schwarzen Null setzen wir konsequent fort, weil wir den nachfolgenden Generationen finanzielle Spielräume und staatliche Handlungsfähigkeit erhalten wollen.“

Alois Rainer MdB
Vorsitzender AK III

ARBEITSKREIS 

FINANZEN UND HAUSHALT

Wir stehen für einen soliden Bundeshaushalt.

Die Schwarze Null ist eines der Markenzeichen unionsgeführter Bundesregierungen. Im Jahr 2019 kommen wir zum sechsten Mal in Folge ohne neue Schulden aus. Damit sinkt die Schuldenstands-Quote erstmals seit 2002 unter den Schwellenwert von 60 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, wie ihn der Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgibt. Auch für das Jahr 2020 planen wir keine neuen Schulden, um auch weiterhin der nachfolgenden Generation finanzielle Spielräume und staatliche Handlungsfähigkeit zu sichern.

Wir entlasten die Steuerzahler.

Wir wollen den Menschen von den Rekordsteuereinnahmen, die sie erwirtschaftet haben, etwas zurückgeben. Deshalb haben wir mit dem Familienentlastungsgesetz ein Gesetz zum Abbau der kalten Progression sowie zur Anhebung des Grundfreibetrags, des Kindergeldes und des Kinderfreibetrags beschlossen.

Weitere kräftige Entlastungen wie der Abbau des Solidaritätszuschlages für 90 Prozent jener, die ihn heute bezahlen, werden folgen.

Wir regeln die Grundsteuer einfach, vernünftig und gerecht.

Es ist ein Verdienst der CSU, dass bei der anstehenden Reform der Grundsteuer die Möglichkeit vorgesehen ist, dass Bundesländer ihr eigenes Grundsteuermodell umsetzen können. Damit wird es möglich, in Bayern – abweichend vom Bundesmodell – ein Flächenmodell einzuführen. Ein Flächenmodell kommt mit weniger Bürokratie aus und hat keine eingebaute Tendenz zu automatischen Steuererhöhungen. Denn: Grundstücke werden im Zeitverlauf nicht größer, und so bleibt im Flächenmodell die Grundsteuerlast gleich. Anders im wertabhängigen Bundesmodell. Weil dort Bodenrichtwerte und Mieten einfließen, die tendenziell im Zeitverlauf steigen, steigt die Grundsteuer fortlaufend, so dass am Schluss eine Spirale aus Steuer- und Mieterhöhungen droht.

Wir verbessern die Situation in angespannten bayerischen Wohnungsmärkten.

Der Fall des Ordens der Barmherzigen Schwestern aus München hat Ende 2018 in der Presse für Aufsehen gesorgt, weil das Finanzamt hohe Steuernachforderungen an Krankenschwestern gestellt hat, die über ihren Arbeitgeber preiswert wohnen können. Als CSU im Bundestag haben wir uns seitdem dafür eingesetzt, dass das Finanzamt zukünftig solche Nachforderungen nicht mehr stellen muss. Wir haben ein Gesetz auf den Weg gebracht, das sicherstellt, dass der geldwerte Vorteil aus verbilligter Vermietung zukünftig steuerfrei bleibt, wenn die vergünstigte Miete nicht weniger als zwei Drittel der ortsüblichen Miete beträgt. Um Neubau zu fördern, haben wir zudem die steuerlichen Anreize für den Mietwohnungsbau erhöht, indem wir eine Sonderabschreibung eingeführt haben.

Wir investieren auf Rekordniveau, um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes zu sichern.

Im Bundeshaushalt haben wir die Investitionen auf das Rekordniveau von rund 40 Milliarden Euro erhöht. Drei Viertel dieser Investitionsmittel entfallen dabei auf die CSU-geführten Ministerien unserer Bundesminister Horst Seehofer (Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat), Andreas Scheuer (Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur) und Dr. Gerd Müller (Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung).



„Familienpolitik ist Zukunftspolitik. Politik für Familien gehört zur DNA der CSU. Nach den Verbesserungen des Elterngeldes, dem Ausbau der Kinderbetreuung und der Erhöhung des Kindergeldes haben wir mit dem Starke-Familien-Gesetz nunmehr die Familien mit kleinem Einkommen und in der Grundsicherung in den Blick genommen. Wir nehmen eine Milliarde Euro zusätzlich in die Hand, um ihre Lebenssituation spürbar zu verbessern.“

Stephan Stracke MdB

Vorsitzender AK IV

ARBEITSKREIS **IV**

**ARBEIT UND SOZIALES,
GESUNDHEIT UND FAMILIE**

Wir haben die Pflege verbessert.

Mit dem „Sofortprogramm Pflege“ haben wir 13.000 neue Stellen für Pflegekräfte in stationären Pflegeeinrichtungen geschaffen, die von den Krankenversicherungen voll refinanziert werden. Damit haben wir sogar 5.000 Stellen mehr geschaffen als im Koalitionsvertrag vorgesehen. Außerdem haben wir dafür gesorgt, dass Tarifsteigerungen in der Krankenhauspflege vollständig von den Kostenträgern übernommen werden.

Wir reformieren die Ausbildung in der Pflege.

Mit der neuen Ausbildungs- und Prüfungsverordnung für die Pflegeberufe, die ab 2020 gilt, werden die bisher getrennten Ausbildungen für Kranken-, Kinderkranken- und Altenpflege zu einer Pflegeausbildung zusammengeführt. Das Schulgeld, das Auszubildende in einigen Bundesländern noch zahlen mussten, wird abgeschafft. Stattdessen wird eine Ausbildungsvergütung bezahlt. Das bedeutet eine umfassendere Ausbildung bei gleichzeitig verbessertem Einkommen für Azubis in der Pflege.

Wir sorgen für schnelle Arzttermine und eine bessere ärztliche Versorgung.

Jeder soll innerhalb kürzester Zeit einen Termin beim Arzt bekommen können. Das erreichen wir durch den Ausbau der Terminservicestellen mit 24-stündiger Erreichbarkeit und Online-Terminvergabe. Gleichzeitig müssen die Ärzte für die Versorgung von gesetzlich Versicherten nun 25 statt 20 Sprechstunden pro Woche anbieten. Zusätzlich erhalten Ärzte Vergütungsanreize, um neue Patienten aufzunehmen. Mit der Aufhebung von Zulassungssperren verbessern wir die medizinische Versorgung im ländlichen Raum.

Wir sorgen für höhere Sicherheit für die Patientinnen und Patienten.

Wir haben für mehr Befugnisse bei Arzneimittelrückrufen und bei Kontrollen für den Bund gesorgt. Mit der Errichtung eines zentralen Implantateregisters, in dem Angaben zur Haltbarkeit und Qualität von Implantaten gespeichert werden, haben wir außerdem erreicht, dass die Behörden bei Komplikationen oder Rückrufen schneller reagieren können.

Denn die Sicherheit der Patientinnen und Patienten steht bei uns an erster Stelle.

Wir verbessern die Ausbildung von Psychotherapeuten.

Die Ausbildung für Psychotherapeuten wird verbessert. Zukünftig wird es ein wissenschaftliches Masterstudium geben, das nach Ablegung einer bundeseinheitlichen Prüfung zur Approbation führt. Nach der Approbation steht als zweiter Schritt - wie bei Ärzten - eine Weiterbildung an, die Voraussetzung für die Eintragung in das Arztregister ist. Damit verschlanken wir die Ausbildung, machen den Beruf für junge Menschen attraktiver und sorgen gleichzeitig für ein hohes Ausbildungsniveau.

Wir sorgen für eine hochwertige Ausbildung der Hebammen.

Angehende Hebammen werden künftig in einem dualen Studium ausgebildet und können dadurch ein wissenschaftliches Studium mit einer beruflichen Ausbildung verbinden. Die Praxiseinsätze finden im Krankenhaus und im ambulanten Bereich, beispielsweise bei einer frei-

beruflichen Hebamme oder in einem Geburtshaus, statt. Damit machen wir den Beruf der Hebamme attraktiver und sorgen für eine hochwertige Ausbildung.

Wir stärken die Vielfalt der gesetzlichen Krankenkassen vor Ort.

Wir haben mit dem Gesetz für einen fairen Kassenwettbewerb in der gesetzlichen Krankenversicherung dafür gesorgt, dass die Vielfalt der gesetzlichen Krankenkassen erhalten bleibt. Das bedeutet für die Bürgerinnen und Bürger: Gute Versorgung vor Ort, optimale Betreuung an ihrem Wohnort sowie mehr Auswahl zwischen verschiedenen Krankenkassen. Das sorgt für mehr Wettbewerb zwischen den Kassen und damit im Ergebnis für eine bessere Versorgung und Betreuung der Versicherten.

Wir verbessern die Überprüfungen bei den Krankenkassen.

Wir haben ein Gesetz auf den Weg gebracht, das den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (MDK) künftig organisatorisch von den Krankenkassen trennt. Der MDK soll eine eigenständige Körperschaft

des öffentlichen Rechts werden. Die Prüfung der Krankenhausabrechnungen wird damit einheitlicher und transparenter werden.

Wir beschleunigen die Digitalisierung im Gesundheitswesen.

Die Gesundheitsversorgung muss digitaler werden, damit die Patientinnen und Patienten von neuen Technologien profitieren können. Deshalb haben wir ein Gesetz zur Verbesserung der Digitalisierung in der medizinischen Versorgung auf den Weg gebracht. Künftig werden sich Patienten bestimmte Gesundheits-Apps vom Arzt verschreiben lassen können. Gleichzeitig werden digitale Netzwerke weiter aufgebaut.

Wir haben die Situation einkommensschwacher Familien verbessert.

Kinder aus einkommensschwachen Familien brauchen unsere Unterstützung für einen guten Start ins Leben. Deshalb haben wir den Kinderzuschlag erhöht und die Beantragung entbürokratisiert. Leistung und Talent sollen über die persönliche Zukunft entscheiden, nicht die soziale Herkunft. Wir wollen, dass

Kinder und Jugendliche möglichst unabhängig von den finanziellen Mitteln des Elternhauses faire Chancen haben. Deshalb haben wir das Bildungs- und Teilhabepaket mit einem ganzen Bündel an Maßnahmen verbessert und nehmen dafür über 220 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich in die Hand.

Wir haben die Kita-Qualität verbessert.

Wir fördern die Wahlfreiheit bei der Kindererziehung. Dazu gehört auch die Verfügbarkeit von qualitativ hochwertigen Kita-Plätzen. Deshalb nehmen wir bis 2022 insgesamt zusätzliche 5,5 Milliarden Euro in die Hand, um in die Qualität der Betreuung und in den Ausbau der Kita-Plätze zu investieren.



„Europa muss sein Schicksal in die eigene Hand nehmen, wenn es um Sicherheit, Stabilität und Wohlstand geht. Deutsche und europäische Interessen sind dabei miteinander eng verknüpft. Das Spektrum der Herausforderungen ist groß, jedoch sind wir bereit zu handeln, um unsere Errungenschaften zu sichern und weiter auszubauen. Eine wehrhafte Demokratie gehört genauso dazu wie ein verantwortungsvoller Umgang mit natürlichen Ressourcen. Unsere strategischen Partner und Freunde müssen Regeln einhalten und im Sinne unserer gemeinsamen Werte handeln. Dafür können sie sich ebenfalls auf Deutschland als starken Partner verlassen. In der CSU wissen wir, dass nur wenn alle Elemente ineinandergreifen, es eine Zukunft für Frieden und Sicherheit gibt. Dies alles bringen wir auf dem Parteitag zum Ausdruck.“

Dr. Reinhard Brandl MdB
Vorsitzender AK V

ARBEITSKREIS **V**

**AUSSEN UND VERTEIDIGUNG,
ANGELEGENHEITEN DER EU,
WIRTSCHAFTLICHE ZUSAMMENARBEIT**

Wir zeigen umfassendes Engagement bei Entwicklungszusammenarbeit, humanitärer Hilfe und Krisenprävention.

Wir haben uns erfolgreich dafür eingesetzt, dass Deutschland fragile Staaten stabilisiert und mit großem Mitteleinsatz in Schwellen- und Entwicklungsländern hilft, Menschen dort eine Perspektive zu geben. Damit bekämpfen wir die Ursachen für Flucht, Vertreibung und Armutsmigration. Deutschland ist einer der größten Geber weltweit. Wir stärken dabei Eigeninitiative und Eigenverantwortung, setzen einen Schwerpunkt auf Reformpartnerschaften nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“, unterstützen Initiativen der Privatwirtschaft und ermöglichen fairen Handel. Wir konnten erreichen, dass die Ausgaben für das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung weiter angehoben werden. Der Etat für 2020 wird nach den derzeitigen Planungen mit rund 10,37 Milliarden Euro ein Rekordniveau erreichen – in 2014 waren es nur 6,4 Milliarden Euro.

Wir handeln für den bedrohten Regenwald.

Bereits heute setzen wir uns massiv für die Aufforstung von Regenwäldern ein. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung investiert beispielsweise 200 Millionen Euro in ein neues globales Programm zum Waldschutz. Zusätzlich werden weitere 30 Millionen Euro für die Zentralafrikanische Waldinitiative (CAFI) und 20 Millionen Euro für indigene Gemeinschaften bereitgestellt – insgesamt 250 Millionen Euro für den weltweiten Waldschutz. Wir wollen dieses Engagement intensivieren und ein Nachhaltigkeitsversprechen für den Regenwald geben: Künftig soll mindestens so viel Regenwald wieder aufgeforstet werden, wie durch Bewirtschaftungsflächen verloren geht.

Wir stehen zur internationalen Verantwortung Deutschlands.

Deutschland übernimmt weltweit in zahlreichen Auslandseinsätzen der Bundeswehr Verantwortung für Frieden und Stabilität, sei es in Afghanistan, in Mali, im Kampf gegen die verbleibenden Terroristen des IS im

Irak und Syrien oder bei Einsätzen im Mittelmeerraum. Deutschland beteiligt sich an solchen Einsätzen nur, wenn und solange die internationale Friedensschaffung oder -sicherung unter VN, EU oder NATO-Führung auch im deutschen Interesse liegt und von der Bundeswehr ohne Vernachlässigung der Landes- und Bündnisverteidigung geleistet werden kann. Wir haben erreicht, dass der wichtige Anti-IS-Einsatz im Irak und Syrien verlängert wird.

Wir stärken die Bundeswehr – finanziell, materiell und personell.

Weltweite sicherheitspolitische Verantwortung, Landes- und Bündnisverteidigung erfordern eine angemessene Ausstattung der Bundeswehr. Die von uns angestoßenen Trendwenden im Verteidigungsbereich – für mehr Personal, optimale Ausrüstung und deutlich mehr finanzielle Mittel – konnten wir erfolgreich fortsetzen. Es ist gelungen, im parlamentarischen Verfahren zum Haushalt 2019 das Budget weiter anzuheben. Unser Ziel bleibt ein klarer Trend zur Erfüllung der Nato-Vereinbarung, zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes in die Verteidigung zu investieren.

Mit einer stetigen Anhebung der Ausgaben auf das erforderliche Niveau kann die Einsatzbereitschaft verlässlich sichergestellt, können Fortschritte bei der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit auf europäischer Ebene (PESCO) erreicht und viele Zukunftsprojekte vorangebracht werden – wie das Taktische Luftverteidigungssystem (TLVS) oder die deutsch-französische Entwicklung und Produktion des Panzers bzw. des Flugsystems der Zukunft (Main Ground Combat System / Future Combat Air System). Damit erhalten wir zugleich wichtige Schlüsseltechnologien und sichern Arbeit, Wachstum und Wohlstand in Deutschland und insbesondere auch in Bayern. Auch personell gab es einen weiteren Zuwachs: Die Bundeswehr umfasst jetzt rund 183.000 aktive Soldaten und Soldatinnen – ein Personalaufwuchs von 3.035 Soldaten innerhalb eines Jahres. Wir wollen die Personalstärke der Bundeswehr bis 2025 weiter auf insgesamt rund 203.000 Soldatinnen und Soldaten erhöhen.

Wir stellen unsere Soldatinnen und Soldaten in die Mitte unserer Gesellschaft.

Wir haben durchgesetzt, dass Soldatinnen und Soldaten in Uniform künftig kostenlos den Nah- und Fernverkehr der Deutschen Bahn nutzen können – ab 1. Januar 2020. Damit wollen wir das Bild des Bürgers in Uniform präsenter im Alltag machen, das allgemeine Sicherheitsempfinden stärken und die Attraktivität der Bundeswehr erhöhen. Mit dem Bundeswehr-Einsatzbereitschaftsstärkungsgesetz konnten wir die Attraktivität der Bundeswehr als Arbeitsgeber steigern und die Situation der Soldatinnen und Soldaten weiter verbessern. Mit dem Gesetz wird u. a. das soldatische Dienstrecht flexibilisiert und weiterentwickelt, das Versorgungsrecht verbessert und die soziale Absicherung erhöht. Wir bauen damit auch die Rahmenbedingungen für einen attraktiven Reservistendienst aus: Reservisten werden für ihre Bereitschaft zu dienen, künftig noch besser besoldet. Der Gesetzentwurf setzt auch eine weitere Forderung der CSU im Bundestag um: Neben den finanziellen Anreizen für die

Reservistinnen und Reservisten selbst erfolgt auch eine finanzielle Entlastung der Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber, wenn der Reservistendienst länger als zwei Wochen und bis zu 30 Wehrübungstage dauert.

Wir setzen harte Konditionen für Gespräche mit dem Westbalkan durch.

Als CSU im Bundestag stehen wir zur EU-Perspektive der Länder des westlichen Balkans. Eine Abkehr dieser Länder von Europa und die Entstehung eines machtpolitischen Vakuums direkt vor unserer Haustür liegt nicht im deutschen Interesse. Autoritäre Staaten wie die Türkei, Russland oder China und kriminelle Organisationen stehen bereit, die Lücke zu füllen. Eine engere Anbindung bietet die besten Chancen, die Probleme vor Ort gemeinsam anzupacken und etwa bei der Bekämpfung der Organisierten Kriminalität effektiv zusammenzuarbeiten.

Die CSU im Bundestag hat dabei besonders harte Konditionen bei der Aufnahme von Beitrittsverhandlungen mit Nordmazedonien und Albanien durchgesetzt, die garantieren,

dass über den Beitritt nur verhandelt wird, wenn vorher wichtige institutionelle Reformen, vor allem im Bereich Justiz, Rechtsstaat und Korruptionsbekämpfung tatsächlich auf den Weg gebracht wurden.

So kann beiden Ländern am besten dabei geholfen werden, europäische Standards zu erreichen.



„Eine bäuerlich getragene Landwirtschaft als das Rückgrat vitaler ländlicher Räume in Bayern ist auch in Zukunft unerlässlich. Mein Kernanliegen ist, dass wir gemeinsam unsere kleinen und mittleren Strukturen stärken. Gerade die aktuelle Stimmung zeigt, dass wir gefordert sind, um für politische Vernunft zu sorgen, denn: Agrarpolitik ist Gesellschaftspolitik.“

Artur Auernhammer
Vorsitzender AK VI

ARBEITSKREIS VI

ERNÄHRUNG UND
LANDWIRTSCHAFT,
UMWELT,
NATURSCHUTZ

Wir sorgen für sichere Lebensmittel und faire Rahmenbedingungen.

Wir stärken den Verbraucherschutz und setzen uns für die berechtigten Interessen unseres Lebensmittelhandwerks ein. Hierzu haben wir das deutlich verbesserte Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände- und Futtermittelgesetzbuch beschlossen. Der gesundheitliche Verbraucherschutz ist ein hohes Gut. Wo Betriebe in erheblichem Maße gegen Hygienevorschriften verstoßen, müssen Verbraucher dies wissen. Davon profitieren Betriebe, die sich an die Regeln halten. Wir haben dabei aber auch die kleinen und mittleren Betriebe des Lebensmittelhandwerks im Blick und entlasten diese von übermäßigen bürokratischen Lasten. Daher liegt künftig der Fokus von Veröffentlichung auf den gesundheitsrelevanten Verstößen. Unberechtigte öffentliche Anprangerung werden verhindert.

Wir nehmen das Wolfs-Problem ernst und sorgen für den Schutz von Mensch und Tier.

Die Rückkehr des Wolfes nach Deutschland erfordert eine Überarbeitung des Bundesnaturschutzgesetz.

Dabei müssen wir die Sorgen der Menschen in den ländlichen Regionen genauso ernst nehmen wie die Probleme der Nutztierhalter. Wir fordern deshalb unter anderem auch in Deutschland die vollständige 1:1-Umsetzung der Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der Europäischen Union. Insbesondere die Absenkung der Schadensschwelle bei zu erteilenden Ausnahmen zur Wolfsentnahme ist im nationalen Recht zu verankern. Wir wollen damit aus gegebenem Anlass die Entnahme von Wölfen erleichtern. Wir haben mit dem Gesetzentwurf der Bundesregierung den ersten Schritt in die richtige Richtung getan. Für unser Anliegen werden wir im anstehenden parlamentarischen Verfahren eintreten, um unsere Bürgerinnen und Bürger, unsere Nutztierhalter und die Nutztiere selbst besser vor dem Wolf zu schützen.

Wir kümmern uns um den Wald und machen uns für Wiederaufforstungen stark.

Stürme, die Dürre und Schädlinge wie der Borkenkäfer haben unserem Wald in erheblicher Weise zugesetzt. Die Massenerkrankung von Waldbeständen im Jahr 2018 liegt bei

rund 32,4 Millionen Kubikmeter Holz. Für dieses Jahr rechnen Experten mit weiteren 35 Millionen Kubikmetern an Schadholz. Hinzu kommen Verluste durch vertrocknete Kulturen und bei Pflanzungen, die sich auf über 110.000 Hektar addieren.

Im vergangenen Jahr haben wir zur Bewältigung der Schäden und zur langfristigen Stabilisierung der Wälder für die kommenden fünf Jahre zusätzlich 25 Millionen Euro über die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz bereitgestellt. Betroffene Waldeigentümer können über diese zweckgebundenen Mittel Wiederaufforstungen und Maßnahmen zur Bekämpfung von Schädlingen oder Waldbränden und auch deren Vorbeugung finanzieren. Auch für die Räumung der Schadflächen und zur Lagerung von Schadholz können diese Hilfen abgerufen werden.

Wir schaffen angemessene Entschädigungen für die Land- und Forstwirtschaft beim beschleunigten Netzausbau.

Die Land- und Forstwirtschaft ist vom Netzausbau erheblich betroffen. Deswegen wird ein verlässlicher und

bundesweit einheitlicher Rechtsrahmen für die Entschädigung der Grundstückseigentümer sowie der Land- und Forstwirte geschaffen: Diese Vereinheitlichung schafft für alle Betroffenen bundesweit Rechtssicherheit. Die Dienstbarkeitsentschädigung wird bei Freileitungen von 20 auf 25 Prozent und bei Erdkabeln von 30 auf 35 Prozent erhöht. Darüber hinaus wird ein Beschleunigungszuschlag festgeschrieben. Dieser ist von 50 auf 75 Prozent der Dienstbarkeitsentschädigung angehoben worden.

Im Übrigen werden alle eintretenden Schäden, z.B. Ernteauffälle während der Bauzeit oder Flur- und Aufwuchsschäden ersetzt. Im Forstbereich betrifft das insbesondere Zahlungen für das frühzeitige Abholzen von Bäumen und den Nutzungsausfall. Überdies werden Möglichkeiten geprüft, wie sich Grundstückseigentümer an Netzprojekten beteiligen können.



AUS BAYERN.
FÜR DEUTSCHLAND.
IHRE ABGEORDNETEN
DER CSU IM BUNDESTAG.

Name	Wahlkreis
Auernhammer, Artur	Ansbach
Aumer, Peter	Regensburg
Bär, Dorothee	Bad Kissingen
Brandl, Dr. Reinhard	Ingolstadt
Brehm, Sebastian	Nürnberg-Nord
Dobrindt, Alexander	Weilheim
Durz, Hansjörg	Augsburg-Land
Erndl, Thomas	Deggendorf
Freudenstein, Dr. Astrid	Regensburg
Friedrich, Dr. Hans-Peter	Hof
Frieser, Michael	Nürnberg-Süd
Hahn, Florian	München-Land
Hoffmann, Alexander	Main-Spessart
Holmeier, Karl	Schwandorf
Irlstorfer, Erich	Freising
Karl, Alois	Amberg
Kießling, Michael	Starnberg – Landsberg am Lech
Kuffer, Michael	München-Süd
Lange, Ulrich	Donau-Ries
Launert, Dr. Silke	Bayreuth
Lehrieder, Paul	Würzburg
Lenz, Dr. Andreas	Erding - Ebersberg
Lindholz, Andrea	Aschaffenburg

Name	Wahlkreis
Loos, Bernhard	München-Nord
Ludwig, Daniela	Rosenheim
Mayer, Stephan	Altötting
Michelbach, Dr. h.c. Hans	Coburg
Müller, Dr. Gerd	Oberallgäu
Müller, Stefan	Erlangen
Nüßlein, Dr. Georg	Neu-Ulm
Oßner, Florian	Landshut
Pilsinger, Stephan	München-West/Mitte
Radwan, Alexander	Bad Tölz, Wolfratshausen-Miesbach
Rainer, Alois	Straubing
Ramsauer, Dr. Peter	Traunstein
Rupprecht, Albert	Weiden
Scheuer, Dr. Andreas	Passau
Schmidt, Christian	Fürth
Silberhorn, Thomas	Bamberg
Staffler, Katrin	Fürstenfeldbruck
Stefinger, Dr. Wolfgang	München-Ost
Stracke, Stephan	Ostallgäu
Straubinger, Max	Rottal-Inn
Ullrich, Dr. Volker	Augsburg-Stadt
Weisgerber, Dr. Anja	Schweinfurt
Zeulner, Emmi	Kulmbach

Impressum

Herausgeber:
Stefan Müller MdB,
Parlamentarischer Geschäftsführer
der CSU-Landesgruppe

Bildnachweise:
S.4: Benjamin Zibner
S.7: oben: Henning Schacht
S.7: mitte links: Joerg Koch
S.7: mitte rechts: Joerg Koch
S.7: mitte unten: Janine Schmitz (Photothek)
S.14/20/26/30/36/42: © 2018 tokography/
Tobias Koch (www.tobiaskoch.net)
S.46: Henning Schacht

Diese Veröffentlichung der CSU-
Landesgruppe dient ausschließlich der
Information und darf während eines
Wahlkampfes nicht zum Zwecke der
Wahlwerbung verwendet werden.

